



Klimaschutz mit Vernunft

Positionspapier FDP / MfM-Fraktion zum Klimaschutzaktionsplan der Stadt Mannheim

Grundsätzliches:

Wir stimmen dem Klimaschutzaktionsplan (KSAP) zu, haben aber in einigen Punkten große Bedenken. Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel sind neben anderen Themen wichtige Ziele kommunaler Politik. Wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht, wollen aber konstruktiv mitgestalten und haben uns deshalb am Ende dazu entschieden ihn mitzutragen. Alle Einzelmaßnahmen unterliegen dank unserer Intervention mit Änderungsantrag A368/2022 dem Beschlussvorbehalt des Gemeinderats. Dies ist ein klarer Erfolg der konstruktiven und an der Sache ausgerichteten Arbeit der FDP / MfM-Fraktion im Gemeinderat.

Effizienz, also die Frage an welcher Stelle wir als Gemeinde mit jedem eingesetzten Euro die größten CO₂-Einsparungen erzielen können, steht für uns im Vordergrund. Dabei dürfen wir zudem nicht aus den Augen verlieren, was die Maßnahme für Auswirkungen für jeden einzelnen Bürger und jede einzelne Bürgerin hat und da möglicherweise weitere Kosten verursacht. An diesem Kriterium der Effizienz und weiteren Aspekten, zum Beispiel der Stärkung des Wirtschaftsstandorts Mannheim und der Sicherung von zukünftigen Arbeitsplätzen, werden wir die kommenden Maßnahmen mit viel Sachverstand einzeln bewerten. Unsere Zustimmung zum KSAP bedeutet keine Zustimmung zu jedem Einzelprojekt, das aus diesem Plan entstehen könnte. Zudem ist die Zielsetzung „Klimaneutralität bis 2030“ selbst nach Aussage des Oberbürgermeisters objektiv unrealistisch. Das alleine ist jedoch kein Grund für eine Ablehnung, wer sich höhere Ziele setzt, der schafft vielleicht auf dem Weg dahin ein kleines bisschen mehr, als wenn er sich ein leichter erreichbares Ziel gesetzt hätte.

Kritik an Erarbeitungsphase:

Mit Vorlage V332/2021 beauftragte der Gemeinderat die Stadtverwaltung mit einem breiten Beteiligungsprozess. Die einzelnen Beteiligungsformate waren jedoch ungleichmäßig besetzt. Im Lenkungskreis hatten kleine politische Initiativen zusammengenommen mehr Stimmrechte als wichtige Interessensvertreter wie zum Beispiel die Gewerkschaften, die Handwerkskammer oder die IHK. Mit dieser Schieflage fehlte dem Beteiligungsprozess jegliche Repräsentativität. Manche „Strategiegruppen“ tagten nur ein einziges Mal innerhalb von fast zwei Jahren. Zudem wurden für Stellungnahmen unrealistisch kurze Fristen gesetzt. Der Beteiligungsprozess insgesamt kann nur als gescheitert gelten.

Kritik an der Arbeit des Wuppertal-Instituts:

Unabhängig von der grundsätzlichen wissenschaftlichen Expertise fehlen uns im Klimaschutzaktionsplan Mannheim-spezifische Lösungsvorschläge. Aus unserer Sicht wurde vom von der Stadt beauftragten Wuppertal-Institut eine Schablone für Klimaschutzmaßnahmen auf Mannheim übertragen, ohne die spezifischen Voraussetzung gebührend zu berücksichtigen. Der Einfluss des Gemeinderats auf den Betrieb des Großkraftwerks ist marginal. Im Bereich der Energieberatung wurden neue Programme vorgeschlagen, die IHK und Handwerkskammer längst für ihre Mitgliedsunternehmen anbieten. Hier fehlte der wissenschaftlichen Begleitung durch das Wuppertal-Institut offensichtlich lokale Expertise. Außerdem wird ausgeblendet, dass Mannheim keine Insel ist, sondern in Hohem Maße vernetzt mit der ganzen Metropolregion Rhein-Neckar. Auf

diese wechselseitige Abhängigkeit weist zum Beispiel die Stromstudie der IHK deutlich hin. Auch diese Erkenntnis wurde im vorliegenden Plan zu wenig berücksichtigt.

Bewertung von (TOP)-Maßnahmen:

Eine große Mehrheit der hoch priorisierten TOP-Maßnahmen unterstützen wir ausdrücklich. Aus diesem positiven Beitrag zum Klimaschutz speist sich im Wesentlichen unsere letztendliche Zustimmung im Gemeinderat. Die Maßnahmen, die unserem politischen Verständnis diametral entgegenstehen, sind jedoch auch von Gewicht. Daher steht unsere Zustimmung unter dem Vorbehalt der folgenden Maßnahmen (Auswahl nicht abschließend):

1. „7.5.1.1 Freiraumsicherung und Freiraumentwicklung“ sowie „7.5.1.2 Flächenschonende Stadtentwicklung“

Im vorgesehenen Planungsgrundsatz zeigt sich ein Widerspruch zum „Modell Räumliche Ordnung“ (vgl. V470/2021 inkl. Beschlussanlage). Für eine ökonomisch nachhaltige Entwicklung sind in Zukunft weitere, auch zusätzliche Flächen für wirtschaftliche Tätigkeit (Gewerbe, Dienstleistung, Industrie) in Mannheim notwendig. Auch im Wohnungsmarkt kann es langfristig nur eine Entspannung geben, wenn neue Fläche für Wohnungsbau freigegeben werden. Dies ist jedoch Voraussetzung für eine sozial nachhaltige Entwicklung. Beide Bereiche, Wohnen und Wirtschaften, können aus unserer Sicht nicht ausschließlich durch eine Innenentwicklung oder durch sog. Flächenrecycling bedient werden.

2. „7.7.1.1 Abbau der Privilegien des motorisierten Individualverkehrs“ und weitere

Der motorisierte Individualverkehr hat keine Privilegien in Mannheim. Im Gegenteil, seit Jahren wird von Gemeinderat und Verwaltung gegen unsere Stimmen der Verkehrsträger Auto gegen andere Formen der Mobilität ausgespielt. Wir stehen für eine freie und faire Wahl des Verkehrsmittels. Dazu gehört ein qualitativ und quantitativ gut ausgebauter ÖPNV (vgl. TOP Maßnahme „7.7.2.1 MIV auf den ÖPNV verlagern“), sanierte Rad- und Fußwege sowie Straßen in gutem Zustand. Davon kann bisher jedoch keine Rede sein. Zudem bietet die pauschale Forderung nach einer Reduktion von Autoverkehr im Zeitalter der Elektromobilität (oder auch Wasserstoffantriebe), keinerlei Ansätze für die Einsparung von CO₂. Stattdessen sollten neue Formen der Mobilität prioritär attraktiver werden (vgl. TOP Maßnahme „7.7.3.1 Neue Antriebskonzepte fördern“). Daher ebenfalls nahezu null CO₂ sensitiv ist die Maßnahme 7.7.6.2 „Geschwindigkeitsreduzierung im Straßennetz“, die immerhin nicht als TOP-Maßnahme gelistet wurde. Tempo 30 auf allen Straßen lehnen wir ab. Wir sind darüber hinaus der Auffassung, dass eine pauschale Ablehnung des motorisierten Individualverkehrs die Möglichkeiten von Wissenschaft und Praxis beschneidet, technische Innovationen bei Kraftfahrzeugen zu entwickeln. Damit riskieren wir Wettbewerbsnachteile auf einem Feld, in dem unser Land bislang eine Technologieführerschaft innehatte und das viele Arbeitsplätze sicherte.



3. „7.9.1.2 Klimaneutralität im Neubau“

Diese TOP-Maßnahme kann ein massiver Kostentreiber für die Stadt Mannheim werden. Nicht jeder Zweckbau, wie zum Beispiel ein Betriebshof, muss ein klimaneutraler Leuchtturm sein. Die MVV treibt die Dekarbonisierung ihrer Energieträger weiter voran. Ein Neubau, der für sich genommen nicht energieautark betrieben werden kann, wird somit auch über das sukzessive dekarbonisiert gespeiste Strom- und Fernwärmenetz langfristig klimaneutral. Stattdessen sind die TOP-Maßnahmen „7.9.1.1 Sanierung Kommunalen Gebäude“ sowie „7.9.1.3 Optimierte Nutzung von Gebäuden“ in diesem Bereich zu priorisieren.